



**ENERGIEKNAPPHEET, LOGEMENTSPROBLEMER,
BIODIVERSITÉITSVERLOSCHT, ZERSIIDLUNG VUN DER LANDSCHAFT,
, STAU'EN ...**

– ODER GUTT LIEWEN ZU LËTZEBUERG:

**DE COURAGE HUNN FIR HAUT DÉI RICHTEG FROEN ZE
STELLEN AN DECISIOUNEN ZE HUELEN**



**mouvement
écologique**

erausgi vum Mouvement Ecologique asbl

Kontakt / Impressum

Mouvement Ecologique asbl

6, rue Vauban

L-2663 Luxembourg

Tel.: +352 439030-1

E-mail: meco@oeko.lu

www.meco.lu



**mouvement
écologique**

Energieknappheit, Logementsprobleme, Biodiversitätsverlust, Zersiedlung von der Landschaft, Stau'en ...

- oder gutt Liewen zu Lëtzebuerg:

De Courage hunn fir haut déi richtig Décisionen ze huelen

In einem Jahr sind Gemeinde- und direkt anschließend Nationalwahlen in Luxemburg.

Der Mouvement Ecologique ist dabei der Überzeugung, dass diesen Wahlen eine besondere Bedeutung zukommt.

Denn unsere Gesellschaft steht de facto vor einer Richtungsentscheidung.

Eis Gesellschaft huet an der Vergangenheit a wesentleche Froe versot

Die Folgen des Ukrainekrieges haben es auf alarmierende Art und Weise offen gelegt: Unsere Gesellschaft hat in wesentlichen Grundfragen in den vergangenen Jahrzehnten versagt.

Obwohl spätestens seit den 80er Jahren vor der Abhängigkeit in der Energieversorgung von autoritären Regimen gewarnt und u. a. der systematische Ausbau der erneuerbaren Energien eingefordert wurde, wurde weiterhin auf fossile Energieträger wie Erdgas, Öl und Kohle gesetzt. Auch das Angehen der Klimakatastrophe wurde verschleppt, die erforderliche Reduktion der CO₂-Emissionen (*1) gelingt derzeit nicht einmal ansatzweise im notwendigen Ausmaß. Offenen Auges akzeptieren wir, dass der Planet „brennt“ und unser stabiles Klima - die Grundlage menschlicher Zivilisation - für ein bequemes Weiter so verspielt wird.

Die Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Weltmarkt, die

nun aufgrund des Ukrainekrieges zu weiteren unsäglichen Hungersnöten führen wird, war und bleibt ebenso verantwortungslos. Statt Regionalisierung erfolgte eine Globalisierung der Ernährungspolitik, das Prinzip des „Wachse oder Weiche“ prägt die Landwirtschaftspolitik! Mit den bekannten negativen Folgen, für die Biodiversität, das Tierwohl und vor allem die Menschen in den Ländern des Südens. Auch diese Absurdität legt der Ukrainekrieg in aller Dramatik offen: die Globalisierung der Lebensmittelproduktion, die konstante Steigerung des Fleischkonsums in den industrialisierten Ländern und die damit verbundene Produktion von Futtermitteln, führt zu Hungersnöten sowie zum Verlust der Biodiversität.

Verantwortungslos ist zudem unser derzeitiger Umgang mit der Biodiversitätskatastrophe. Das Artensterben geht ungehemmt weiter, dabei ist Luxemburg sogar Spitzenreiter (*2). Wir berauben uns schlichtweg unserer eigenen Lebensgrundlagen.

Ein weiter wie bisher wäre verantwortungslos!



Heute spüren wir weltweit die Folgen einer falsch orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Klimakatastrophe, Biodiversitätsverlust, Energieknappheit ... sind die Folgen. Unsere Gesellschaft steht vor der großen Herausforderung fundamentale Reformen durchzuführen und wieder positive Zukunftsbilder zu entwickeln.

Haut aktiv ginn - ier Katastrophe sech weider verschäerfen: d'Systems- an d'Wuesstëmsfro stellen

Die Politik des „verschleppten“ Handelns muss ein Ende haben. Zahlreiche Instrumente zum Angehen der heutigen Krisen sind seit Langem bekannt und deren Umsetzung ist überfällig. Maßnahmen, wie z. B. die Förderung der erneuerbaren Energien (auch zur Reduktion der Abhängigkeit), konsequente Energiesparmaßnahmen u. a. m. werden seit Jahrzehnten regelrecht verschleppt. Dass z. B. lediglich etwa 4 % der staatlichen Gebäude mit Solaranlagen ausgestattet sind, ist unannehmbar.

Die jetzige Regierung muss noch ihre Verantwortung übernehmen und überall dort, wo es möglich ist, aktiv werden!

Aber: so wichtig all jene Maßnahmen sind kein Weg führt an der Systemfrage vorbei. Am Infragestellen eines Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das stetes Wachstum voraussetzt, ja davon abhängig ist.

Die folgenden vier zentralen Aspekte verdeutlichen, warum die Abhängigkeit vom steten Wachstum / das angestrebte stete Wachstum die zentrale Zukunftsfrage schlechthin ist.



Die heutige Generation verspielt derzeit die Lebenschancen der kommenden Generationen. Ein Umsteuern ist dringend geboten. Dabei ist gewusst: neue Leitbilder für unsere Gesellschaft würden auch zur heutigen Lebensqualität beitragen (attraktivere Ortschaften und der Ausstieg aus dem Konsumszwang erhöhen nachweislich das Wohlbefinden, um nur diese Beispiele zu nehmen)

Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätsschutz sind unweigerlich mit einem Hinterfragen der Wachstumslogik verbunden

Ohne Hinterfragen der Wachstumslogik, kann weder die Klima- noch die Biodiversitätskatastrophe eingegrenzt, der Kollaps verhindert werden!

Dies ist dann auch die Kernbotschaft von einem steigenden Kreis von Wissenschaftlern:innen und Wissenschaftsräten (*1/*2). Zitiert sei stellvertretend für andere Akteure, der UN-Generalsekretär António Guterres in einem „post“ vom 17. Juni 2022 (siehe nebenstehend):

Ohne zentrale Reformen werden weltweit Millionen Klimaflüchtlinge, Lebensmittel- und Wasserknappheit ... unweigerlich die Folge sein.



Das Wirtschaftswachstum steigert nicht a priori das Wohlbefinden - benötigt

werden neue politische Leitbilder!

Das politische Leitbild, das menschliche Glück stünde in direkter Korrelation zum ökonomischen Wachstum, hat sich längstens als Trugbild erwiesen! Die Steigerung des Bruttosozialproduktes sorgt weder für mehr Sozialgerechtigkeit, noch wird das Wohlbefinden gesteigert.

Bis zu einem gewissen Punkt sorgte das ökonomische Wachstum zwar effektiv für mehr Wohlstand. Wer würde z. B. leugnen, wie wichtig die ökonomische Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg war.

Doch ab einem gewissen Zeitpunkt verselbstständigte sich das Wachstumsziel. Nicht mehr die Gesellschaft, das Gemeinwohl bzw. finanzschwache Haushalte sind die vorrangigen Nutznießer des steten ökonomischen Wachstums.

Es steht unleugbar fest, dass in den vergangenen Jahren mehr Wachstum nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit geführt hat. Die Schere zwischen Arm und Reich nimmt auch in unserem Land trotz steter Steigerung des Bruttonationalproduktes, auf alarmierende Art und Weise zu. Die Anzahl der „Working Poor“ in Luxemburg ist für ein scheinbar so reiches Land wie Luxemburg beschämend.

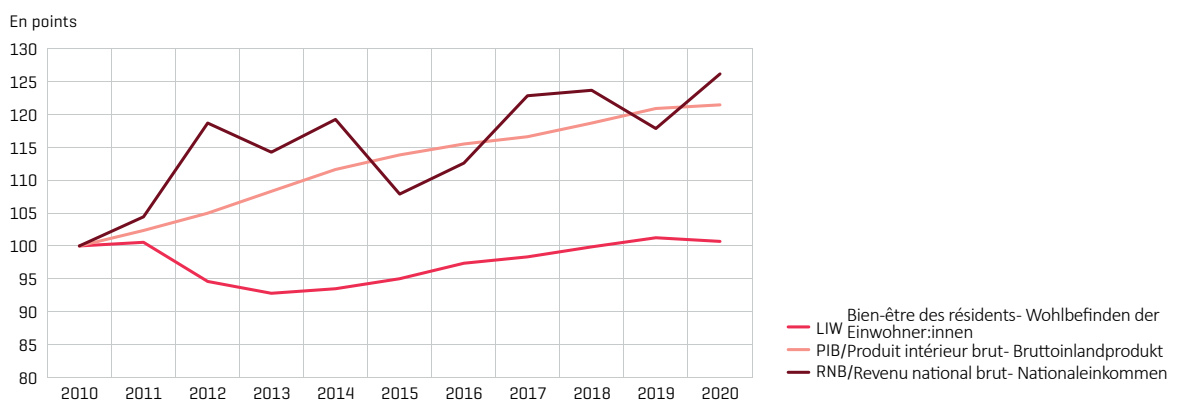
Insofern ist es nur konsequent, dass in weiten Teilen der Gesellschaft die Diskussion zunimmt, inwiefern das stete Wachstum überhaupt wohlfahrtsteigernd ist und ob es nicht sogar auf Kosten der Lebensqualität geht.

Der STATEC hat am 2. Juni 2022 eine neue Studie „*The Well-being in Luxembourg in 2021 and beyond – new edition of the PIBien-être report*“ herausgegeben (*3). Diese beinhaltet einige interessante Aussagen und vor allem auch folgende Grafik:



Das Miteinander, das soziale Zusammensein und der Austausch prägen das Wohlbefinden des Menschen, nicht der materielle Konsum. An der Politik ist es, diese Ziele als oberste Maxime ihrer Entscheidungen zu nehmen, verbunden mit einer weitaus größeren Verteilungsgerechtigkeit.

Graphique 1 **Le bien-être au Luxembourg ne suit pas la même trajectoire que la croissance économique**



Source: STATEC, calculs de l'auteur

Die Grafik zeigt eindeutig auf: Die Steigerung des Bruttonationalproduktes geht keineswegs Hand in Hand mit der Steigerung des Wohlbefindens. Umso bedauernswerter ist, dass der „PIB du bien-être“ nicht wirklich Eingang in die politische Praxis gefunden hat. Denn ansonsten müssten doch auch die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden.

Anregend sind in diesem Zusammenhang ebenfalls folgende Zitate aus dem STATEC-Dokument : (Fettdruck von MECO)

« *Les résidents luxembourgeois devraient du fait de la richesse nationale du pays être les personnes les plus satisfaites et les plus heureuses en Europe. Cela n'est pas le cas et, au contraire, la satisfaction de la vie est plus faible au Luxembourg qu'en Finlande, pays à la richesse deux fois moindre et surtout plus faible qu'en Pologne dont le PIB/hab. est 7.6 fois inférieur. **Le bien-être au Luxembourg est plutôt proche de celui de ses pays voisins qui sont pourtant moins riches.** Une piste pour expliquer cette particularité est fournie par la partie 6 de ce rapport montrant la capacité des pays à jouir des ressources dont ils disposent pour rendre heureux les citoyens.* » (S. 43)

« *Luxembourg is one of the wealthiest countries in the world and its economy has been growing steadily and at considerable*

*rates over the past 40 years. According to traditional economic thinking, this should translate into increased quality of life for its residents. The reason is that a growing economy can satisfy a growing number of needs and therefore deliver better lives. However, this view misses the fact that sometimes the satisfaction of people's needs may be dictated by negative externalities. When this happens, economic growth is not a good measure of quality of life, or general welfare. This is perhaps reflected in the empirical observation that **economic growth is not always accompanied by increasing well-being. This raises the issue of how to properly assess social progress, and what aspects should be considered.** » (S. 52)*

« *Dans le cas du Luxembourg, l'accroissement de la richesse nationale ne s'est pas accompagné de la répartition équitable de celle-ci. Ainsi, **le niveau de vie des ménages les plus défavorisés a plutôt stagné ou a légèrement augmenté. Ils ont moins bénéficié des fruits de cette croissance que les ménages les plus aisés.** Le ressenti sur leur bien-être, qui dépend davantage de l'évolution de leur niveau de vie que du PIB/tête, est donc plutôt en stagnation.* » (S. 39)

Dramatischer Verlust an Lebensqualität

Demgegenüber steht sogar ein dramatischer Verlust an Lebensqualität durch das kontinuierliche Wachstum. Es braucht dazu keine längeren Beschreibungen: Staus, Wohnungsnot, Zersiedlung der Landschaft, Verlärmung, aber auch Stress am Arbeitsplatz, Konkurrenzdenken u. a. m. sind

direkte Konsequenzen des Wachstumsdogmas mit direkten, äußerst negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität.



Die alltäglichen Staus sind nur eine Konsequenz der Wachstumslogik... Biodiversitätsverlust, Wohnungsnot, zu erwartende Probleme mit der Wasserversorgung sind andere Stichwörter. Es ist an der Zeit umzudenken.

Die Wachstumsdogmatik stösst an ihre Grenzen

Doch sogar wenn die oben genannten Aspekte ausgeklammert würden: es wäre unverantwortlich vorauszusetzen, dass das ökonomische Wachstum, das Luxemburg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kannte, ungehemmt derart weiter gehen wird. Die derzeitigen Befürchtungen um eine anstehende Rezession aufgrund u.a. der Auswirkungen des Ukrainekrieges verdeutlichen dies auf eindringliche Art und Weise.

Luxemburg hat die COVID-Krise, was die Entwicklung des Bruttozialproduktes betrifft, dank des Finanzsektors gut gemeistert. Aber niemand kann wirklich mit Sicherheit

sagen bzw. davon ausgehen, dass das Bruttozialprodukt reell noch 50 Jahre lang in diesem Ausmaß anwachsen wird.

Das ganze Luxemburger Modell basiert aber auf diesem Wachstum. Dabei ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass derjenige, der sich aber derart dem Wirtschaftswachstum verschreibt, sich gerade in heutigen Zeiten auf ein sehr gefährliches Terrain begibt: Lieferengpässe, Energieknappheit, fehlende Ressourcen, geopolitische Spannungen sind nur einige der Stichworte, die dafür sprechen, ein Land und ein Sozialsystem unabhängiger vom Wachstumszwang zu gestalten.

*Die Folgen der Wachstumsorientiertheit in unserem Land sind mittlerweile für jeden spürbar. Sie machen sich auf allen Ebenen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation bemerkbar (Wohnungsbauprobleme, fehlende Arbeitskräfte, Infrastrukturprobleme), sie zeigen sich aber auch auf dramatische Art und Weise im ökologischen Bereich. Luxemburg erreicht als zweites Land weltweit hinter Qatar bereits am 14. Februar den Overshootday, den Tag, an dem wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgebraucht haben. Wie der Bericht des "observatoire de l'environnement naturel" aufzeigt (*2), ist auch der Biodiversitätsverlust in unserem Land dramatisch. Dies auch als Folge der Wachstumsorientiertheit...*



Erhaltungszustand der Arten

HEIMISCHE ARTEN

$\frac{3}{4}$ gefährdet



HEIMISCHE VOGELARTEN

$\frac{1}{4}$ stark gefährdet oder schon erloschen



Rezente Etude weisen: nach gött d'Systemfro net gestallt!

Ëmdenken ass néideg!

Leider wird die Systemfrage in Luxemburg aber immer noch nicht gestellt. Ganz im Gegenteil, wie rezente Analysen bzw. Regierungsvorhaben aufzeigen.

- während die eine Studie offenlegt, dass unser Sozialsystem weiterhin vom steten Wachstum abhängig bleibt, ohne dass dies in irgendeinem Sinne hinterfragt wird;
- wird über weitere Strategien versucht, das Wachstum besser zu organisieren. So löblich dies auch ist, es wird verpasst, ehrlich offen zu legen, dass – mit den prognostizierten Wachstumsquoten – trotz optimierter Steuerung eine nachhaltige Entwicklung nicht machbar ist.

Folgende 3 rezente Analysen / Regierungsprojekte zeigen dies auf sehr unterschiedliche Art und Weise auf.

Abhängigkeit der Finanzierung des aktuellen Pensionssystems vom

kontinuierlichen Wachstum



Am 26. April 2022 veröffentlichte die „Inspection générale de la sécurité sociale“ gemeinsam mit dem „Ministère de la Sécurité Sociale“, den neuesten „Bilan technique du régime général d’assurance pension“ (*4). Der Bericht sorgte zumindest in den Medien für recht wenige Reaktionen, dabei liegt in der Analyse durchaus

- Erhebliche Wachstumssteigerungen werden vorausgesetzt

Die Autoren des Berichtes der „Inspection générale de la sécurité sociale“ setzen folgende Entwicklungen voraus:

- ein Anwachsen der in Luxemburg lebenden Bevölkerung von 625.000 Einwohner:innen im Jahre 2020 auf 785.000 im Jahre 2070;
- eine durchschnittliche Steigerung der aktiven Bevölkerung um 0,6 % pro Jahr: von 460.000 im Jahre 2020 auf 630.000 im Jahre 2070;
- eine durchschnittliche jährliche Zunahme der Pensionsberechtigten um 2,3 % von 195.000 im Jahre 2020 auf 605.000 im Jahre 2070;
- eine durchschnittliche jährliche Produktivitätssteigerung um 1,2 %;
- eine durchschnittliche jährliche Steigerung des PIB um 1,8 %.

Wobei die Autoren des Berichtes davon ausgehen, dass die Entwicklung im Verlauf der nächsten 50 Jahre nicht gleichmäßig sein wird: So wird angenommen, dass die Anzahl der Arbeitnehmer:innen zu Beginn der Projektionsperiode eine jährliche 2,5 % Steigerung kennen wird, um im Jahre 2070 einen negativen Trend von -0,2 % / Jahr zu kennen. Das PIB, welches im Jahre 2021 noch um 6,7 % gestiegen ist, soll gegen Ende der Analyseperiode „nur noch“ um 1,3 % jährlich ansteigen.

Sprengstoff.

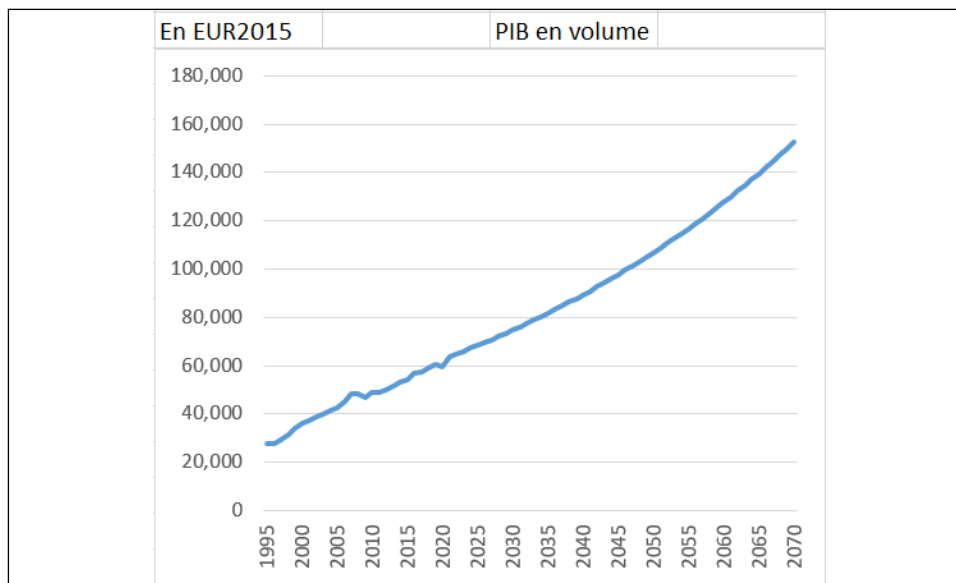
Bei dem Bericht, der aufgrund von EU-Vorgaben erstellt wird, geht es darum, Modellierungen betreffend die zukünftige Finanzierung des Pensionssystems durchzuführen: „En application de l’article 238 du Code de la sécurité sociale, le présent bilan technique fournit une analyse de l’évolution du régime général d’assurance pendant la période de couverture allant de 2013 et 2022 accompagnée d’une évaluation actuarielle de sa soutenabilité à long terme“.

Wichtig ist zu wissen, wie diese Modellierungen berechnet werden: gewisse Grundparameter – wie z. B. die angenommene Wachstumsrate – basieren auf EU-Vorgaben. Andere Parameter, aber, allen voran die zu erwartende Entwicklung der Bevölkerungszahl werden von den einzelnen Mitgliedsstaaten festgelegt. Und hier geht Luxemburg von einem erheblichen Wachstum aus.

Folgende Tabelle, basierend auf den veröffentlichten Zahlen, gibt die Steigerung der aktiven Bevölkerungszahl wieder (« population active en milliers de personnes) :

Jahr	2020	2030	2040	2050	2060	2070	durchschnittl. Steigerung/Jahr
aktive Bevölkerung	460	560	610	630	635	630	0,6%

In dem Dokument findet sich leider keine Tabelle / Grafik, die wiedergibt, was diese durchschnittliche Steigerung des PIB um 1,8 % pro Jahr zahlenmäßig bedeuten würde. Da die Steigerung des Wachstums exponentiell erfolgt, lohnt es sich jedoch, diese Entwicklung darzustellen (wobei, angesichts fehlender Details, die angenommene durchschnittliche Wachstumsrate dargestellt wird). Daraus ergibt sich folgendes Bild, sprich eine erhebliche Steigerung des PIB:



Man kann vielleicht die Bedeutung einer solchen Projektion relativieren mit dem Argument: „Aber es handelt sich doch lediglich um Prognosen, die zu *weiten Teilen aufgrund von EU-Vorgaben erstellt werden ... Sie stellen somit eine Fleißarbeit aufgrund von EU-Erfordernissen dar, nicht mehr und nicht weniger. Und niemand weiß, wie sich die Zukunft reell entwickeln wird, da sie von vielen Unwägbarkeiten abhängt (wie, die aktuelle politische Entwicklung auf globaler Ebene zeigt).*“

Dies mag zum Teil stimmen, wäre jedoch eine absolut verengte Sichtweise. Es wäre falsch, derartige Berechnungen als wenig relevant abzutun.

Fakt ist: Die Politiken der jeweiligen kommenden Regierungen werden darauf ausgerichtet sein, diese Grundparameter auch zu erfüllen, um somit unser Sozialsystem finanziell abzusichern: via u. a. Instrumente zur bewussten weiteren Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums, der Bevölkerungszahl, der Produktivität ... Dies mit den entsprechenden Politikentscheidungen und im Besonderen den geeigneten Anreizen zum Erreichen dieser Ziele.

Insofern stellt der vorliegende Bericht nicht nur eine „Berechnung“ aufgrund von EU-Vorgaben dar, sondern durchaus ein politisches „Leitbild“.

Alternative Szenarien des STATEC z.T. noch weitreichender

Positiverweise haben die Autoren der Studie in ihrem Bericht auch „scénarios alternatifs“ skizziert.

Zentrales Merkmal dieser „scénarios alternatifs“ ist jedoch: Die Wachstumsorientiertheit (sei es des PIB oder der (aktiven) Bevölkerungszahl) wird in keiner Form hinterfragt. Im Gegenteil. Es werden „lediglich“ Überlegungen zu den „gängigen“ Parametern („*changement du modérateur de réajustement*“, „*variation du taux de rendement de la réserve*“, „*formule de pension avant réforme*“) durchgeführt.

Dies ist absolut bedauerndswert.

Aufschlussreich ist zudem folgender Aspekt: Das Zahlenmaterial in dem Dokument basiert auf Zahlen von EUROPOP, nicht auf STATEC-Berechnungen. In allen Mitgliedsstaaten werden EUROPOP-Daten genommen, um eine Homogenität der Berechnungen auf EU-Ebene sicherzustellen.

In den „scénarios alternatifs“ werden nun eigene Berechnungen des STATEC als Basis genommen, die von einem stärkeren Anstieg der Bevölkerungszahl und einem höheren Anstieg des PIB ausgehen. So geht die STATEC z. B. von einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung des PIB um 2,3 % (und nicht

„nur“ 1,8 %) aus. Zudem prognostiziert der STATEC, dass die Bevölkerungszahl im Laufe der 2050er Jahre (au milieu des années 2050) die Anzahl von einer Million Einwohner:innen überschreiten wird.

Folgende Tabelle gibt die Differenzen in den Berechnungen wider:

Tableau 40 - Scénario STATEC: Projections démographiques du régime général d'assurance pension (comparaison) entre 2020 et 2070 (en milliers)

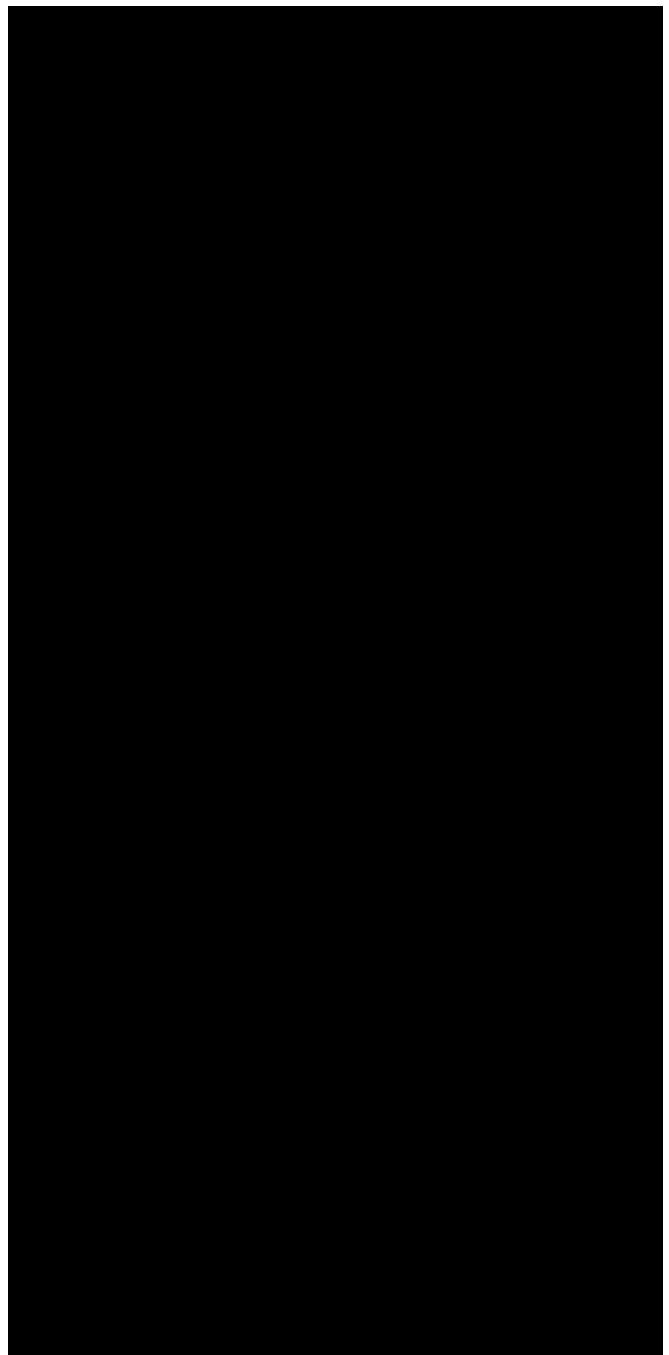
	2020	2030	2040	2050	2060	2070	Croissance
Population active (Base)	460	560	610	630	635	630	0,6%
Population active (STATEC)	460	570	650	715	770	820	1,2%
Nombre de pensions (Base)	195	285	385	485	560	605	2,3%
Nombre de pensions (STATEC)	195	285	385	485	570	630	2,4%

Fakt ist: in den „scénarios alternatifs“ wird sich demnach nicht in aller Offenheit die Frage gestellt, ob das angestrebte Wachstum machbar / wünschenswert ist und welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten es gäbe. Im Gegenteil: es wird sogar angeführt, dass gemäß STATEC-Prognosen die Wachstumsrate weitaus höher sein dürfte

Und nach 2070?

Stellt sich darüber hinaus die Frage: und wie soll es nach 2070 weitergehen? So manch einer wird nun sagen: Wer weiß schon, was nach 2070 ist?

Aber Fakt ist: wir hinterlassen den künftigen Generationen mit dem heutigen Modell ein **nicht tragfähiges Pensionssystem**. Denn aus der heutigen Logik heraus müsste z. B. entweder die Anzahl der Beitragszahler auch nach 2070 weiterhin drastisch ansteigen, ebenso wie das PIB, um die Pensionen zu finanzieren oder aber es wären andere tiefgreifende Kurskorrekturen am System erforderlich. Glaubt jemand daran, dass dann noch immer weitere Steigerungen des PIB möglich sind?



Nationaler Mobilitätsplan: Erhebliche Verbesserungen - und trotzdem nehmen die

Verkehrsbelastungen nicht ab, sogar etwas zu

Das Mobilitätsministerium legte rezent einen neuen nationalen Mobilitätsplan „PNM 2035“ (*5) vor.

Ein beeindruckendes und gut fundiertes Strategie-Dokument, dessen Erstellung begrüßenswert und von großer Bedeutung für die nationale Mobilitätspolitik der Zukunft ist.

Das Ziel: ausgehend von einem 3 %-tigen jährlichen Wachstum des PIB und der damit verbundenen steigenden Zahl der Bevölkerung und der Arbeitnehmer:innen gelte es eine 40 %-tige Steigerung des Personenverkehrs zu bewältigen. Das Ministerium fasst die Fragestellung wie folgt im Titel zusammen: „*Wat musse mir haut maachen, fir 2035 trotz Wuesstem nach mobil ze sinn?*“.

Die Maßnahmen, die im Planungsdokument aufgrund dieses Anspruchs angeführt werden, sind äußerst beeindruckend und sie liegen im Ausmaß und der Konsequenz weit über allem, was in den vergangenen Jahren auf Mobilitätsebene jemals durchgeführt wurde: Der Bau von - zig neuen Mobilitätsinfrastrukturen ist geplant, vor allem auf der Ebene des öffentlichen Transportes sowie der sanften Mobilität, eine neue Organisation der Mobilitätsströme wird angestrebt, das Parkraummanagement soll reformiert werden u. a. m.

Es soll bei dem Ausbau der Tram eine „Beschleunigung des Netzausbaus auf 2 bis 3 km“ erfolgen („*Im Vergleich zu 1,5 bis 2 km pro Jahr zwischen 2016 und 2021*“). (S. 53).

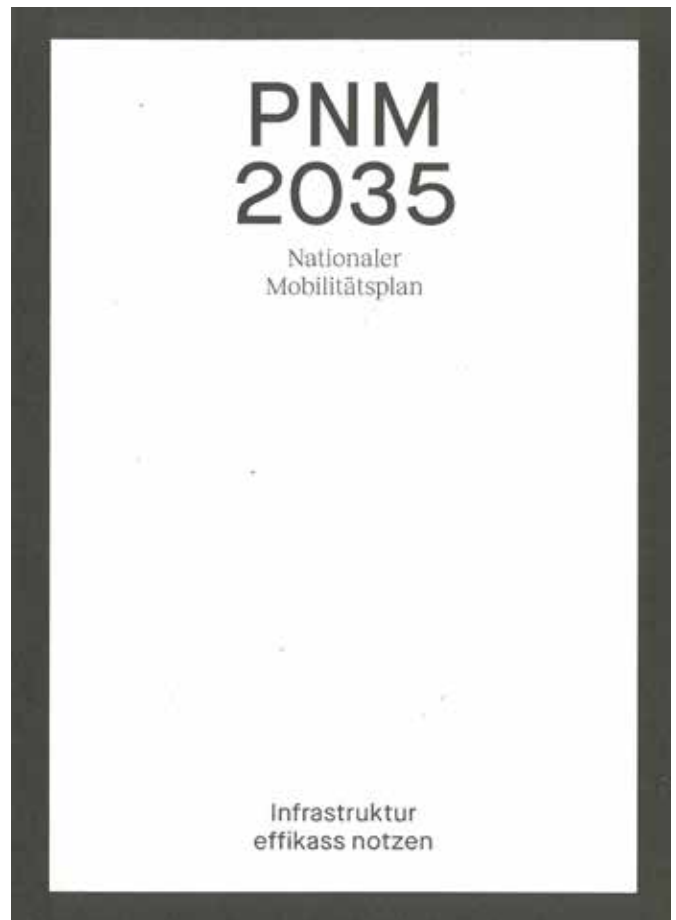
Die „*Nutzerzahl im öffentlichen Verkehr wird um mindestens 89% ansteigen müssen*“: um 89 % innerhalb von 13 Jahren! Im Durchschnitt wird von einer morgendlichen Belegung der individuellen Fahrzeuge in die Stadt Luxemburg von 4 Personen (!) ausgegangen (S. 30).

Die grundsätzlichen Zielvorgaben sowie die Planungselemente für die Zukunft werden vom Mouvement Ecologique in sehr weiten Teilen geteilt, auch wenn die angeführten weiteren Straßenbauprojekte kritisch hinterfragt werden müssen. Der Mouvement Ecologique wird den PNM2035 in einer separaten Stellungnahme ausführlicher kommentieren.

Aber: so positiv wesentliche Planungsziele sind: die Veränderungen und die Schritte, die umgehend angegangen werden sollen, stellen unser Land vor gewaltige Herausforderungen!

Die Umsetzung der Maßnahmen des nationalen Mobilitätsplanes 2035 würde, wie bereits angeführt, in erheblichem Ausmaß den Rahmen des jemals Durchgeführten im Mobilitätsbereich sprengen. Dabei wird im Plan allerdings noch nicht bzw. nur begrenzt dargelegt, wie diese skizzierten Ziele tatsächlich erreicht werden können, welche Hürden genommen, welche neuen Instrumente eingesetzt werden müssen.

Wer weiß, dass bis dato z. B. sogar die kleinste Reform im Parkraummanagement scheiterte, der weiß, welcher Weg vor uns liegt, um das PNM 2035, das bis dato nur ein Planungsdokument ohne rechtlichen und verbindlichen Stellenwert ist, umzusetzen. Auch die Finanzierung wurde noch nicht thematisiert

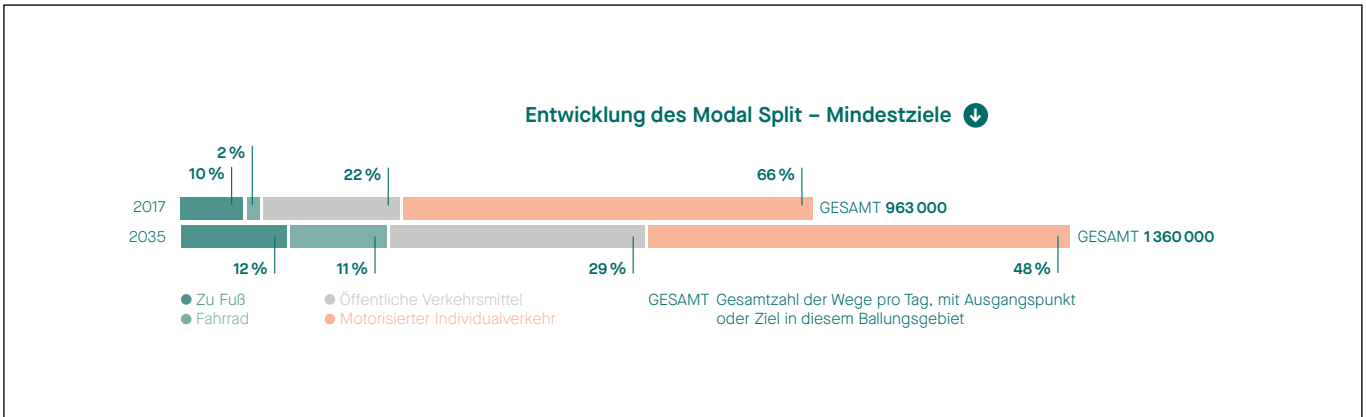


Ernüchternd ist allerdings folgende Tatsache: sogar wenn der PNM2035 - bei allen (politischen) Unwägbarkeiten - umgesetzt werden würde, würde der Autoverkehr auf unseren Straßen sogar noch weiter anwachsen!

Dies wird auf den ersten Blick bei der Lektüre des Dokumentes nicht direkt ersichtlich, zeigt sich aber aufgrund von Berechnungen.

Im PNM 2035 wird angeführt, wie sich – falls alle Maßnahmen getroffen werden – das „modal split“ (das heißt das Verhältnis Autoverkehr – öffentlicher Transport/sanfte Mobilität) verändern würde. Dabei werden Veränderungen am „modal split“ in einer Reihe von Ballungsgebieten und Mobilitätskorridoren angegeben (*6).

Die Veränderung im „modal split“ wird jeweils illustriert am Beispiel Ballungsgebiet „Stadt Luxemburg und Vorortgrüngürtel“, grafisch folgendermaßen dargelegt:



Dies sieht auf den ersten Blick nach einer erheblichen Verschiebung vom Autoverkehr zum ÖT sowie zur sanften Mobilität aus. Wird doch der Anteil des Autoverkehrs von 66 % auf 48 % reduziert. Aber: angesichts der insgesamt steigenden Mobilitätszahlen (von 963.000 auf gesamt 1.360.000) würde trotzdem eine Steigerung des Autoverkehrs stattfinden.

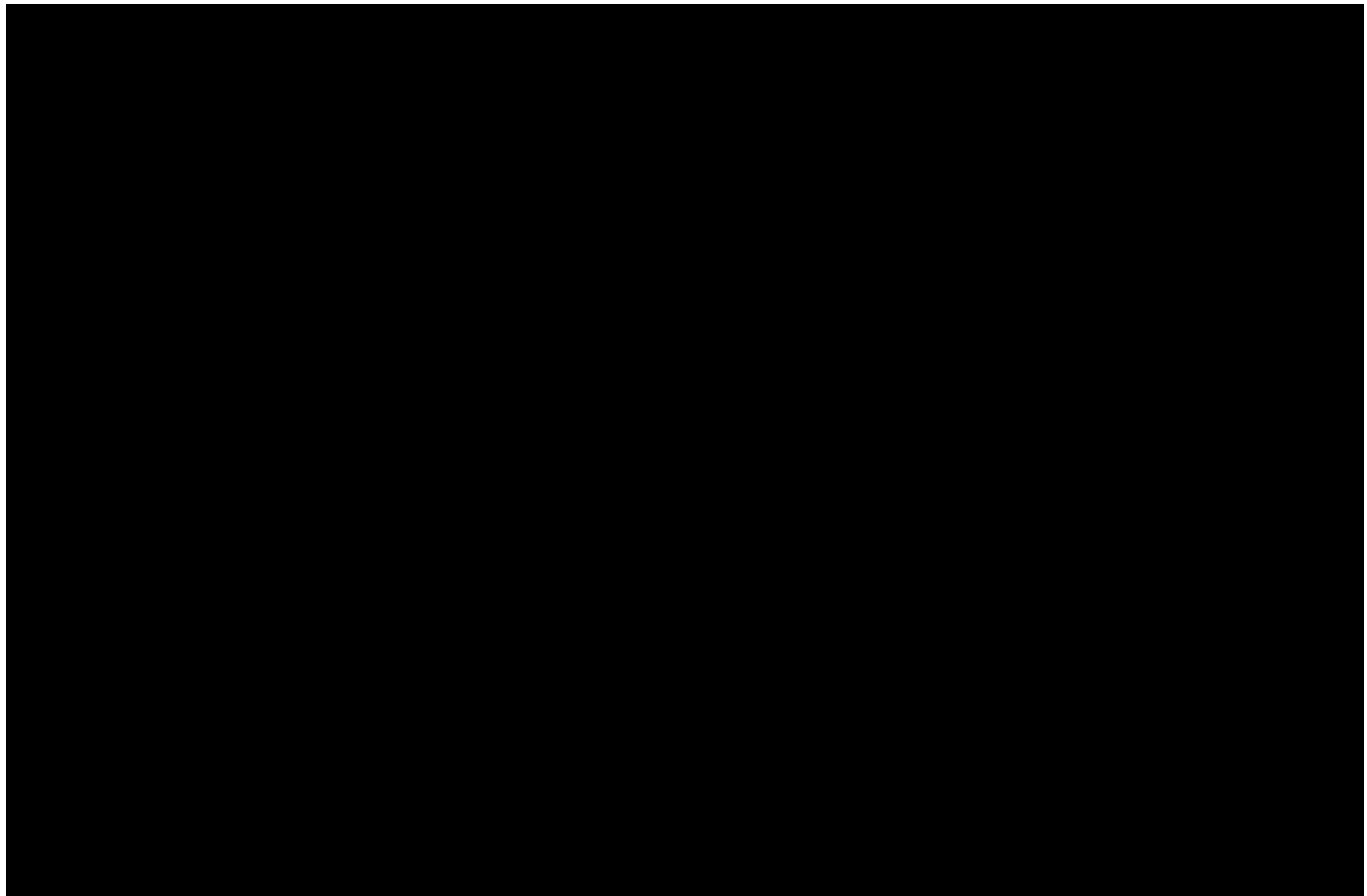
Bedrückend sind die Zahlen, die sich entsprechend aus der Summierung der Berechnungen für die 13 Ballungsgebiete / Mobilitätskorridore ergeben. Sie zeigen auf: es wird trotz aller Maßnahmen keine Verbesserung auf der Ebene des Autoverkehrs stattfinden, der Autoverkehr würde bis 2035 sogar weiter ansteigen, sogar noch eine gewisse Verschlechterung der Situation stattfinden:

Autoverkehr 2017:	2.400.280 Bewegungen
Autoverkehr 2035:	2.667.510 Bewegungen

Dabei geht der Plan in keinsten Form darauf ein, inwiefern die im Ausführungsreglement des Klimaschutzgesetzes angeführten CO2-Reduktionsziele im Mobilitätsbereich er-

reicht werden können oder eben nicht. Vorgaben gemäß Klimaschutzgesetz sind: Eine Reduktion der CO2-Emissionen im Bereich Mobilität von 2021 mit 5 279.000 Tonnen CO2 bis 3.053.000 Tonnen/Co2 im Jahre 2030, somit also eine Reduktion um rund 42.17%. Ob dies mit einem Zuwachs an Verkehrsbewegungen im Autoverkehr erreichbar sein wird, ist mehr denn fragwürdig. Umso wichtiger wäre es gewesen, diese nationale Vorgabe für den Mobilitätsbereich im vorliegenden Dokument zu berücksichtigen

Gemäß Studie zur Finanzierung des Pensionssystems soll die Bevölkerungsentwicklung ja aber über 2035 bis 2070 ungenügend weiter ansteigen ...! **Mit welchen Maßnahmen – die ebenso, ja sogar noch weitreichender sein müssten wie jene des PNM2035 - auf der Mobilitätsebene diese Steigerung dann noch aufgegriffen werden soll, steht in den Sternen!**



«Luxembourg in transition» - ein Versuch der Steuerung der wachstums-

orientierten Entwicklung?!

Auf einer anderen Ebene sind die Arbeiten des Landesplanungsministeriums anzusiedeln, das seinerseits den Prozess „Luxembourg in transition“ (*7) in die Wege geleitet hat.

Ziele dieses Prozesses u.a.: Analysieren und Szenarien entwickeln, wie die räumliche Gestaltung trotz erheblicher ökonomischer Wachstumsraten CO₂-neutral gestaltet, die weitere Versiegelung substanziell reduziert sowie der Erhalt der Naturräume gewährleistet werden kann.

Es ist absolut positiv hervorzuheben, dass das Landesplanungsministerium somit die zentrale Frage aufgreift, wie die Entwicklung Luxemburgs mit den prognostizierten Wachstumsraten landesplanerisch gesteuert und eine aktive Gestaltung angegangen werden kann. Es ist dem Ministerium hoch anzurechnen, dass es der Entwicklung „net weider hannendru lafe wëll“.

Aber: es wird nicht hinterfragt, ob das bis dato stattfindende und zusätzlich angestrebte Wachstum landesplanerisch zu vertreten ist. **Somit steuert das ökonomische Wachstum die Landesplanung und nicht umgekehrt.** Da die Wachstumsdynamik zudem ungebremst ist, hinkt die Landesplanung - die sich erst jetzt die Mittel gibt, um in Zukunft steuernd einzugreifen - der Entwicklung trotzdem weiterhin hinterher ...

Obwohl die im Rahmen des Prozesses entwickelten Visionen - wo und wie morgen gebaut, gelebt, gearbeitet, Nahrung produziert werden soll - durchaus anregend sind, stellen sie alleine demnach keine Lösung dar.

Zudem: Auch wenn zahlreiche Akteure hoffen, dass gewisse Zielvorstellungen Realität werden (u.a. neue Formen des Wohnens) weiß jeder, dass der Mentalitätswechsel, den die Umsetzung solcher Visionen voraussetzt, Zeit braucht.

Zu weit sind diese Ziele noch von der heutigen Praxis sowie der Realität entfernt und in so manchen Punkten gibt es zudem auch noch keinen gesellschaftlichen und politischen Konsens (z. B. über den Stellenwert von Privateigentum, die angestrebte Verdichtung in der Siedlungsentwicklung, die Abkehr vom Individualverkehr u. a. m.).

Nicht ohne Grund wurden deshalb in dem Projekt nur begrenzt Instrumente zur Umsetzung in die Praxis thematisiert und ausführlicher dargelegt. Ziel war es primär, Visionen aufzuzeigen und diese in einer weiteren Phase nun anhand von Pilotprojekten anzugehen.

Deshalb: so positiv dieser Denkprozess auch ist und so wünschenswert manche Umsetzung wäre: er müsste eigentlich zu folgender Schlussfolgerung führen: Es besteht de facto keine Chance, die angestrebten Visionen in diesem Ausmaß und in dem notwendigen Zeitrahmen umzusetzen. Zu lang ist der Weg, um einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, zu viele neue Instrumente auch rechtlicher Natur sind notwendig ...

Die Schlussfolgerung aus dem Prozess „Luxembourg in transition“, die aktuell folgendermaßen lautet „*Mäer ginn et un, eist Land mi aktiv a CO₂-Neutral a raumspuerend ze gestalten, gräifen Iddien aus dësem wichtege Prozess op an schaffen un der Ëmsetzung, am Kader vu Pilotprojeten.*“ müsste ergänzt werden durch:

„Ma de Wuesstem wéi en elo geplangt ass, packe mäer net. Ze vill misst sech änneren a punkto Bauen, Wunnen asw. Villes muss och nach gekläert ginn, e gesellschaftleche Konsens fannen an e legale Kader kréien.

Duerfir muss mir de Wuesstemsdruck reduzéieren a parallel esou vill wéi méiglech vun dësen Iddien ugoën. Ma ouni Drock aus dem Wuesstemszwang ze huelen, verbaue mir eis dat ganz Land!“



Luxembourg in transition liefert eine Fülle von Anregungen. Aber bis sich Foetz - wie die Vision von LIT skizziert - vom heutigen Bild derart gewandelt werden haben wird, wird ein weiter Weg sein. Ist es wirklich wünschenswert und machbar? Welche Rolle spielen Besitzverhältnisse...? Fragen wie diese und viele andere müssen im Vorfeld geklärt werden! Es wäre trügerisch, auf diese Lösungen zu setzen, um das stete Wachstum in den Einklang mit dem Wohlbefinden und den nachhaltigen Entwicklung zu bringen.

Dies wäre die wirklich ehrliche Schlussfolgerung von „Luxembourg in transition“. Zwar das Beste herausnehmen und umsetzen, aber parallel zugeben, dass das Wachstum in der Form nicht kompatibel ist mit einer nachhaltigen und CO₂-neutralen Raumnutzung.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique zeigen die in den Dokumenten prognostizierten Entwicklungen eine äußerst fragwürdige Entwicklung für unser Land auf. Daraus ergeben sich zahlreiche Fragen, so u. a.:

- Ist die Steigerung der ökonomischen Aktivitäten um etwa 150 % , wie im Dokument zur Finanzierung des Pensionssystems vorgesehen, leistbar? In welchen Sektoren?
- Ist eine solche Steigerung rein organisatorisch zu bewältigen, was u. a. ihre landesplanerischen, verkehrstechnischen, umwelt-, wohnungs- und sozialpolitischen Folgen anbelangt? Welche strukturellen Voraussetzungen auf staatlicher Ebene setzt sie voraus?
- Wäre eine solche Entwicklung vereinbar mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung? Ist es realistisch anzunehmen, Luxemburg könne bei einer solch massiven Steigerung des PIB wichtige, auch international verpflichtende Zielsetzungen einhalten, wie z. B. klimaneutral werden, den Schutz der Biodiversität gewährleisten oder die Landnutzung begrenzen?
- Und wo soll die „aktive“ Bevölkerung wohnen? Gerade die Wohnungsproblematik hat laut rezente Veröffentlichung der Warteliste bei der SNHBM bzw. der Ilres-Umfrage eine besonders hohe Brisanz: Die Frage stellt sich, wie die Politik wohnungsbaupolitisch ein Ansteigen der Bevölkerungszahl um 150.000 bis 2070 bewältigen kann ... Wie kann dies erfolgen, wenn wir bereits die heutige Wohnungsnot nicht annähernd in den Griff kriegen?
- Zudem: ein Großteil der Arbeitnehmer:innen soll aus der Grenzregion kommen. Ist dies ein anstrebenswertes und realistisches Ziel für die Grenzregionen (!) und die dort lebenden Menschen? Ist es realistisch, dies noch in diesem Ausmaß voranzutreiben?
- Und nicht zuletzt: Das Pensionssystem sollte einen gerechten Generationenvertrag darstellen. Kann es als gerecht empfunden werden, wenn heute an einem Modell festgehalten wird, das dazu führen würde, dass 2070 quasi eine aktive Person eine Pension finanzieren muss?

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique darf es nicht sein dass, solange es irgend wie machbar erscheint, an einem Modell „Wachstum auf Teufel komm raus“ festgehalten und den kommenden Generationen die Bürde auferlegt wird, neue Modelle zu definieren. Hinzu kommt, dass ein Weiter so den nachfolgenden Generationen nur noch die Anpassung an ein zerstörtes Ökosystem und keine aktive Gestaltung erlauben würde.

Es wäre geradezu fahrlässig, heute mit einem System weiterzufahren, das sogar mit unrealen bzw. nicht wünschenswerten Wachstumssteigerungen derart in eine Sackgasse führt!

- Über die EU-Vorgaben hinaus gilt es zusätzlich Szenarien zu berechnen, wie die Finanzierung des Sozialsystems unabhängiger vom Wachstum gestaltet werden kann (Stichwort u. a. ebenfalls „nachhaltige Steuerreform“);
- Es führt kein Weg daran vorbei, die längst überfällige Wachstumsdiskussion sowie der politischen Zielvorstellungen und Leitbilder zu führen und die heutigen Politikinstrumente ggf. umzugestalten. Ziel muss sein, dass Luxemburg seine Prognosen und Politikgestaltung auf das reelle Wohlbefinden ausrichtet.
- Der Wirtschafts- und Sozialrat wurde von der Regierung mit einer Stellungnahme zu dem Bericht betreffend die Finanzierung des Sozialsystems beauftragt, was positiv zu werten ist. Es wäre aber absolut geboten, dass dieses Gremium einerseits die grundsätzlichen Fragen aufgreift und andererseits darüber hinaus die Debatte transparent in die Öffentlichkeit getragen wird.

Stellt sich zu dem die Frage der Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche:

- Wie kann sichergestellt werden, dass in Zukunft eine stärkere koordinierte Strategie zwischen Ministerien erfolgt?
- Welchen Stellenwert kommt Ministerien wie jenem der Landesplanung zu? Erfüllungsgehilfe sektorieller Ministerien, oder aber prägendes gestaltendes Ministerium?
- Wie kann es gelingen, dass Nachhaltigkeitsziele nicht länger „am Rande“ betrachtet werden, sondern direkten Eingang in die Politikgestaltung finden?
- Wie kann auch ein PIBdu bien-être in einer Bedeutung politisch valorisiert werden?

Sich den realen Zukunftsfragen stellen mit dem Ziel in Zukunft «Gutt liewen zu Lëtzebuerg»

Das Aufgreifen der Wachstumsfrage ist die zentrale gesellschaftliche und politische Frage schlechthin und sie muss im Fokus vor allem auch der anstehenden Wahlen stehen.

Eine gänzliche Entkoppelung von Wachstum und Energie- sowie Ressourcenverbrauch ist eine Schimäre, so wie dies auch in zahlreichen wissenschaftlichen Studien dargelegt wird.

Technologische Innovation ist unerlässlich, aber alleine nicht ausreichend.

Kommt hinzu: eine Entkoppelung würde nicht ausreichen, geboten sind vielmehr Reduktionen! Sprich substantielle Reduktion des Ressourcenverbrauchs, der CO₂-Emissionen u. a. m. Die Sicherstellung der Energieversorgung wird sich z. B. bei steigendem Energieverbrauch nicht in diesem Ausmaß und im notwendigen Zeitrahmen mittels erneuerbarer Energien und der zusätzlichen Nutzung von Wasserstoff sicherstellen lassen.

Et dærf net sinn, datt – esou wéi haut gesot gëtt, mir hätt méi frei missen onofhängeg gi virun de Gasliwwerunge vu Russland – mir an 10 Joer mussen soen: mir hunn 2022 net reagiert an och als Lëtzebuerg eis Liewensraum an eise Klima an d'Liewe vun de nächste Generatiounen zerstört, wëll mir weider op materielle Wuesstem gesat hunn.

In den Fokus aller Diskussionen müssen das Wohlbefinden, die Lebensqualität der Menschen und die soziale Gerechtigkeit

gesetzt werden, anstatt das reine materielle Wachstum!

Wir müssen heute neue Weichen setzen, um den kommenden Generationen noch ein lebenswertes Umfeld zu hinterlassen.

Neue Weichen in der Gesellschafts- und der Wirtschaftspolitik, die nicht nur bedeuten, dass an einzelnen Stellschrauben gedreht werden muss, sondern die zu dem viel beschworenen Systemwandel führen.

Voraussetzung, dass dies erfolgen und gelingen kann, ist, dass alle Akteure – und selbstverständlich allen voran die politischen Akteure – ehrlich Probleme bzw. Zukunftsherausforderungen benennen und thematisieren.

Die Politik muss mehr denn je ihre Gestaltungsfähigkeit und Willen zeigen und mit Engagement, Mut und Offenheit Probleme benennen, Zukunftsfragen thematisieren und Lösungswege entwickeln.

Gerade auch in Zeiten der Politikverdrossenheit erwarten zahlreiche Menschen von der Politik das Aufgreifen der wichtigen Zukunftsfragen.

Wird nicht eine Kehrtwende vollzogen, so wird es in Zukunft nicht gut leben sein in Luxemburg.

Die Frage des „wéi wëlle mäer muar liewen“ – „wéi definiéiere mir gutt Liewen zu Lëtzebuerg“ muss endlich oberste Priorität in der politischen Debatte und der anstehenden Wahlen werden.





In den Fokus müssen Fragen rücken wie:

- Wie können die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben (Biodiversität, Erhalt der Böden, Erholungsräume, Wasserwirtschaft...)?
- Wie definieren wir „Gut leben“ in Luxemburg?
- Wie stellen wir unsere Siedlungen von morgen vor, welche neuen Modelle gibt es?
- Wie sollen die Arbeitsmodelle von morgen aussehen?
- Wie kann mehr Sozialgerechtigkeit sichergestellt werden?
- Welchen Stellenwert möchten wir der Großregion einräumen?
- Welche Form des Wirtschaftens ist effektiv mit diesen Zielen vereinbar, und wie kann sie verstärkt organisiert werden?

Das Wachstum als „gegeben“ zu nehmen, als prioritäres gesellschaftliches Ziel anzusehen, dem alle anderen Lebensfelder unterzuordnen sind, ist nicht im Sinne des Erhalts oder gar der Steigerung der Lebensqualität.

Es kann und darf nicht sein, dass sich die Gestaltungsfähigkeit der Politik darin erschöpft, das Wachstum bestmöglich zu organisieren.

Es gilt neue Leitbilder des Miteinanders, des Sozialen, des Wirtschaftens zu entwickeln, die die Grenzen unserer natürlichen Lebensgrundlagen respektiert und das Wohlbefinden wieder in den Fokus rückt.

Wir brauchen einen kulturellen Wandel und nicht nur technischen Fortschritt.

Mehr denn je verstehen die Menschen welche Auswirkungen unsere Art zu leben hat und sind bereit Veränderung mitzutragen: Die Jugendlichen haben in ihrem Engagement für Fridays for future und andere Bewegungen große Initiative gezeigt. Aber auch die Eltern- und Großelterngenerationen erkennen die dringende Notwendigkeit eines Umdenkens. Diese Menschen erwarten sich von der Politik eine ehrlich und konkrete Kommunikation sowie gezieltes Handeln.

Es ist daher von oberster Bedeutung, dass diese Fragestellungen den kommenden kommunalen und auch nationalen Wahlkampf bestimmen.

(1)

<https://www.de-ipbes.de/de/Globales-IPBES-Assessment-zu-Biodiversitat-und-Okosystemleistungen-1934.html>
<https://www.de-ipcc.de/250.php>

(2)

https://environnement.public.lu/fr/natur/biodiversite/observatoire_environnement_naturel/pressekonferenz-oden.html

(3)

STATEC Rapport PIBien-être 2021
<https://statistiques.public.lu/fr/publications/series/analyses/2022/analyses-03-2022.html>

(4)

<https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2022/04-avril/26-haagen-pensions/bilan-technique-pensions-2022.pdf>

(5)

Ministère de la Mobilité et des Transports Publics <https://transports.public.lu/fr/contexte/strategie/pnm-2035.html>

(6)

Ballungsgebiete und Mobilitätskorridore: Stadt Luxemburg und Vorortgürtel – Die Nordstad – Der urbane Süden und Esch&Belval – Mobilitätskorridore N2 und A13 - Mobilitätskorridor A3/CFL90 - Mobilitätskorridor A4/CFL60 - Mobilitätskorridor N5/CFL70 – Mobilitätskorridor A6/CFL50 – Mobilitätskorridor N12 - Mobilitätskorridore N7/CFL10 und N15 - Mobilitätskorridor N11 – Mobilitätskorridor A1/N1/CFL30 – Mobilitätskorridor A7/CFL10.

(7) <https://luxembourgtransition.lu/>